

DIE LINKE

Liste

SOLIDARITÄT

Aus dem Inhalt:

Die Magistratspflasterer
Pflegernotstand am GPR Klinikum?
Die öffentlichen Taschen sind leer –
wer hat hineingegriffen?
Solidarität mit dem Widerstand im
Kelsterbacher Wald
Rüsselsheim: Reiche Stadt –
arme Kinder

INFORMATION DER STADTVERORDNETENFRAKTION - JANUAR 2009

OPELFORUM

Chance oder Todesstoß für die Rüsselsheimer Innenstadt ?

Außer Frage steht, das OpelForum(OF) wird die Rüsselsheimer Innenstadt verändern. Die Frage ist allerdings, in welche Richtung. Die Situation in der Innenstadt ist unbefriedigend. Karstadt, Mainblock, 99 Cent-Läden, Leerstände, Umsatzrückgänge - das ist alles bekannt, aber kein spezielles Rüsselsheimer Problem. Die Umsätze sind in allen Innenstädten gesunken.

Auszehung der Innenstädte

Die Einkaufszentren (EKZ) auf der grünen Wiese haben die Innenstädte ausgezehrt. Die Konsumneigung der Bevölkerung hat durch starke finanzielle Belastungen weiter Kreise nachgelassen. Die Mentalität des Werbeslogans "Geiz ist geil" stellt viele Fachgeschäfte vor Probleme.

Aber auch der viel beschworene Standortvorteil Rüsselsheims wird zum Standortnachteil, wenn es ums Einkaufen geht. Die Rüsselsheimer Innenstadt konnte noch nie mit den Innenstädten der umliegenden Großstädte konkurrieren und wird es auch oder erst recht mit dem OF nicht können. Statt die grundsätzlichen Probleme energisch anzupacken (z.B. Karstadt-

gebäude), versucht der Magistrat mit Kleinigkeiten, Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Statt die Innenstadt zu stärken, wurde das EKZ Alzeyer Straße zugelassen, was der Innenstadt 10% Kaufkraftverlust beschert. Fachleute gehen davon aus, dass in Städten mit 100000 Einwohnern ein EKZ maximal 5-7000qm Verkaufsfläche (VKF) haben darf, ohne dass es einschneidende, negative Auswirkungen auf die umliegende Innenstadt hat.

In Rüsselsheim, mit seinen knapp 60000 Einwohnern, soll nun ein EKZ mit 29500qm VKF entstehen, mehr als doppelt soviel wie die jetzige Innenstadt besitzt. Im Einzelhandelsgutachten zum OF, das wohlgerneht der Investor in Auftrag

Fortsetzung nächste Seite

Liebe Rüsselsheimerin,
lieber Rüsselsheimer,

mit dieser Information möchten wir, die Stadtverordnetenfraktion von „Die Linke/ Liste Solidarität“ Sie über unsere bisherige Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung informieren.

Als kleine aus zwei Personen bestehende Fraktion bemühen wir uns um Konzentration auf wichtige Themen und um das ständige Gespräch mit unseren Wählerinnen und Wählern. Zur Zeit prägen die Planungen um das OpelForum und im weiteren Sinne um Rüsselsheim 2020 (Rürup-Gutachten) die Arbeit der Stadtverordnetenversammlung. Unsere kritisch ablehnende Haltung zu diesen Vorhaben ist bekannt und mittlerweile mehren sich auch weitere skeptische Stimmen. Neben den in dieser Zeitung vorgetragenen Argumenten haben wir die große Sorge, dass durch die Konzentration auf Rüsselsheim 2020 zentrale Aufgaben kommunaler Politik sträflich vernachlässigt werden. Bereits heute ist Rüsselsheim mit weit über 20% Kindern, die auf Sozialgeld angewiesen sind, der Kreis-Spitzenreiter bei der Kinderarmut. Trotz der Dramatik fehlen die entscheidenden Initiativen aus dem Sozialdezernat, um eine wirklich gelingende Präventionsarbeit zu leisten.

Die Linke/Liste Solidarität versucht insbesondere mit ihren Haushaltsanträgen Alternativen aufzuzeigen: Sparen an der Stadtkosmetik und Investieren in Projekte, die das soziale Zusammenleben in Rüsselsheim, soziale und ökologische Strukturen fördern und den hoch defizitären Haushalt weniger belasten als etwa die Planungen zum OpelForum. Für das Jahr 2009 haben wir uns vorgenommen, Themen der Bildungs- und Integrationspolitik verstärkt aufzugreifen.

Wir bedanken uns bei unseren Freunden und Kritikern und wünschen allen ein gutes und erfolgreiches Jahr.

Yeter Ayboga, Karl-Heinz Schneckenberger



gegeben hat, stellen sich die Auswirkungen so dar: „Im ungünstigsten Fall, könnte es zu erheblichen Schäden an der Stadtstruktur kommen“ und „In der Konsequenz wäre ... damit zu rechnen, dass punktuell gar nicht mehr in den Immobilienbestand investiert wird und auf diese Weise Verwahrlosungstendenzen eintreten könnten.“

Wir teilen diese Feststellungen und befürchten, dass das OF die zukünftige Rüsselsheimer Innenstadt sein wird:

- eine Innenstadt, die privatisiert ist,
- eine Innenstadt, in der lebendiges Stadtgeschehen auf Einkaufen reduziert wird - für diejenigen, die es sich leisten können.

Massive Verkehrsbelastung

Weiter befürchten wir eine massive Verkehrsbelastung, vor allem des Westends, durch die 20 000 Besucher des EKZ täglich und den Andienungsverkehr zu den 100 Geschäften des EKZ. So ist mit einer Belastung von 200 LKW-Fahrten von über 3,5 t täglich zu rechnen. Dies ist eine unzumutbare Belastung für die Ludwigstraße, die Innenstadt und die anliegende Grundschule.

Wir befürchten auch, dass auf die Stadt finanzielle Belastungen zukommen werden, die sie nicht schultern kann. Allein für die südliche Erschließungsstraße mit Unterführung entstehen Kosten von mindestens 35 Mill. Euro. Was soll bei dem Ausmaß an Belastungen zukünftig noch übrig bleiben für Soziales, Kultur, Stadtteile und Sport?

Alternativen zum EKZ OF sind denkbar. Es gab Investoren, die ohne den Klotz EKZ das Altareal entwickeln wollten. Hätte der Magistrat soviel Energie und finanzielle Mittel in eine kleinteilige, sukzessive Innenstadtentwicklung investiert, wie jetzt für das OF, wäre nicht nur ein OF, sondern ein EKZ Innenstadt möglich gewesen.

Aber alternative Konzepte zu erstellen, hielt man für unnötig. Die nachteiligen Folgen nimmt man billigend in Kauf. Wir wünschen uns für die Rüsselsheimer Innenstadt nichts mehr, als dass unsere Befürchtungen nicht eintreten. Allerdings lassen die Fakten wenig Raum für Hoffnung.

Kontakt:
Die Linke / Liste Solidarität
Rathaus Rüsselsheim
Fraktionsbüro 314
Marktstraße 4
65428 Rüsselsheim



Die Magistratspflasterer

Dem Magistrat sind die negativen Auswirkungen bekannt, die das Einkaufszentrum im OpelForum auf die Rüsselsheimer Innenstadt haben wird. Deshalb versucht er nun Tatkraft zu beweisen und behauptet, die negativen Auswirkungen durch Neupflasterung und Neu„möblierung“ verhindern zu können, (Kosten vorläufig: 4 Millionen Euro). Begonnen werden soll mit der Marktstraße, deren Belag noch keinerlei Mängel aufweist (Kosten: 1,7 Millionen Euro).

Altes graues Pflaster soll durch neues graues Pflaster ersetzt werden, lindgrüne Abfalleimer durch Edelstahlabfalleimer. Das Ganze wird drapiert mit Minibäumchen. Dafür sollen die schönen alten Bäume auf dem Gemeindeplatz vor der Evangelischen Kirche, sowie 8 von 12 Bäumen auf dem Marktplatz gefällt werden. Es ist kaum zu glauben, aber so geplant. Wir halten dies für ein unmögliches Vorhaben.

Helfen Sie uns, die Fällung der Bäume zu verhindern !

Kontakt unter:

Fraktion „Die Linke/Liste Solidarität“, Rathaus Rüsselsheim, Fraktionsbüro 314, Marktstraße 4, 65428 Rüsselsheim

Anfrage zur Pflegesituation am GPR-Klinikum

Es ist zu befürchten, dass der bundesweite Pflegenotstand auch vor dem Rüsselsheimer Klinikum nicht halt macht.

Mit einer aktuellen Anfrage möchte die Wahlinitiative „Die Linke/Liste Solidarität“ Aufklärung über die Pflegesituation am Rüsselsheimer Klinikum. Die Liste will unter anderem wissen, ob es auch im Rüsselsheimer Klinikum einen eklatanten Personalmangel gibt und ob und wie viele Leiharbeitskräfte in den vergangenen drei Jahren eingesetzt wurden.

Von besonderem Interesse ist für die Liste die Funktion des Klinikum-Leitbildes. Geklärt werden soll, ob das neue Leitbild die Hinnahme personeller Unterbesetzung auf den Stationen fördert.

Die Linke befürchtet, dass die von ihr abgelehnte aber nunmehr seit zwei Jahren praktizierte Umgestaltung der Klinik zu einem gewinnorientierten Betrieb die

Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter außer Acht lässt. Wäre dies der Fall, seien innerer Rückzug und Kündigungen nicht zu vermeiden.

Immer wieder berichten Medien über Missstände im Gesundheitswesen, die Folge neoliberaler Managementkonzepte sind. Die Wahlinitiative „Die Linke/Liste Solidarität“ fragt nach, weil sie sicher gestellt wissen will, dass am GPR das Prinzip der Gewinnorientierung nicht zu einem Pflegenotstand führt. Zu klären sind dabei auch Handlungsmöglichkeiten des Gesellschafters auf Folgen von Belastungssituationen reagieren zu können. Wer im Klinikum behandelt wird, der möchte von motivierten und freundlichen Pflegefachkräften betreut werden und nicht nur einmal am Tag eine unter Leistungsdruck stehende Pflegekraft kurz sehen!

Die öffentlichen Taschen sind leer - wer hat hineingegriffen?

Die Rüsselsheimer Kommunal финанzen sind in einem desolaten Zustand. Der Schuldenstand wird Ende 2009 ca. 300 Millionen Euro betragen - bei jährlichen Einnahmen von unter 150 Millionen Euro. Auf Landesebene sieht das Verhältnis von Schulden und Jahreseinnahmen nach 9 Jahren Koch-Regierung bei einem Schuldenstand von 33 Milliarden Euro im Vergleich zu jährlichen Einnahmen von 20 Milliarden Euro ähnlich aus.

Mindereinnahmen trotz Personalabbau

Eine Behauptung der Rüsselsheimer CDU ist, dass die Stadt zuviel Geld ausgibt und der zaudernde SPD-OB Gielowski das nicht durch ein strenges Spar-Regiment in den Griff bekommt. Ein Blick auf die Realitäten kann da sinnvoll sein:

- Im Durchschnitt der Jahre 1989 bis 1998 betragen die Steuereinnahmen 86,5

Millionen Euro, im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2007 nur noch 53,6 Millionen Euro, also ein fast 40%iger Einbruch der wichtigsten Einnahmen!

- Die Personalausgaben, die 1996 bei 45,7 Millionen Euro lagen, sind bis 2006 auf 36,9 Millionen Euro reduziert worden. Bei Berücksichtigung der Inflationsrate also ein realer Rückgang beim wichtigsten Ausgabenblock um fast 20%. Eigentlich müsste die CDU mit dieser „Leistung“ des SPD/Grünen-Magistrats zufrieden sein.
- Auf Bundesebene senkten zunächst die Schröder-Regierung und dann die große Koalition die Steuern für Reiche und Kapitalbesitzer, was auch bei den Kommunen zu dramatischen Einnahmeverlusten führte. Die öffentlichen Haushalte wurden so geleert und damit

ein Verfall der Infrastruktur (Schulen, Straßen, Schwimmbäder) vorangetrieben.

Nach wie vor nötig: Gemeindefinanzreform

In Rüsselsheim hat „Die Linke/Liste Solidarität“ immer wieder Anträge eingebracht, um z.B. durch eine Gewerbesteuererhöhung und Vermeidung unnötiger Ausgaben (Aufblähung des Stadtmarketings, Neupflasterung der Marktstraße, Brückelchen an der Festung) Geld für Soziales, Kultur, Bildung, Sport und Stadtteile zur Verfügung zu stellen. Und wir setzen uns, wie die Linke in Bund und Land, für eine Steuerreform ein, die die Kommunal финанzen stabilisiert.

Mehr Geld für öffentliche, insbesondere kommunale Aufgaben bereit zu stellen ist sinnvoller, als es bei den Reichen zu belassen, die damit die Finanzmärkte aufblähen und die Kosten des Platzens der Blase dann mit Hilfe von Merkel, Steinbrück, Westerwelle und Koch auf uns alle abzuwälzen versuchen.

Solidarität mit dem Widerstand im Kelsterbacher Wald

Der Ausbau des Frankfurter Flughafens und die damit verbundenen Belastungen für Umwelt und Gesundheit stießen schon immer auf Widerstand in der Region. Der erhoffte wirtschaftliche Vorteil kann die Mensch und Natur zugemuteten Belastungen nicht rechtfertigen. Auch die aktuellen Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens geben den Kritikern recht.

Im November gab Fraport Chef Bender unumwunden zu: „Ein kontinuierliches Verkehrswachstum, ... sehen wir im Moment für ... Frankfurt nicht.“ In Zahlen ausgedrückt: Im Vergleich zum November des Vorjahres ging die Zahl der Passagiere um 7 % und das Frachtvolumen sogar um 8,6% zurück.

Die Wahlinitiative „Die Linke/Liste Solidarität“ unterstützt den Widerstand des „Bündnis der Bürgerinitiativen „Kein Flughafen ausbau. Für ein Nachtflugverbot von 22 – 6 Uhr“ und brachte eine Resolution in die Rüsselsheimer Stadtverordnetenversammlung ein, die den Flughafenbetreiber Fraport auffordert, alles zu unterlassen, was juristischen und politischen Entscheidungen voraus zu greifen versucht. Die Resolution wurde mit den Stimmen von SPD, Grünen und Liste Rüssel in der

Septembersitzung angenommen. Bemerkenswert: Die Rüsselsheimer Stadtverordnetenversammlung beschloss (anders als der Kreistag) auch eine Passage zur Solidarität mit dem Widerstand im Kelsterbacher Wald:

Die Stadtverordnetenversammlung „solidarisiert sich mit dem Widerstand im Kelsterbacher Wald, der u. a. von dem 60 Bürgerinitiativen umfassenden „Bündnis der Bürgerinitiativen „Kein Flughafen ausbau. Für ein Nachtflugverbot von 22-6 Uhr“, Robin Wood, verschiedenen Naturschutzgruppen und vielen Einzelpersonen, darunter auch ParlamentarierInnen der unterschiedlichsten Fraktionen und Ebenen getragen wird.“



Steuergelder für Opel?

Viel wird zur Zeit über staatliche Konjunktur- und Rettungsprogramme diskutiert. Es fällt auf, welche schwindelnde Summen in kürzester Zeit zur Verfügung gestellt werden. Doch wofür sollen die Gelder verwendet werden? Werden den Banken und Firmen klare Grenzen gezogen und Bedingungen gestellt? Wenn, wie jetzt beim OpelForum, die Finanzspritzen vor allem in Baumaßnahmen u.ä. fließen, sind die Arbeitsmarkteffekte kurzfristig und gering. Wir fordern, dass Steuergelder erst dann fließen dürfen, wenn von den gestützten Banken und Firmen eine Arbeitsplatz- und Lohngarantie gegeben wird und zur Sicherung der notwendigen Einflussmöglichkeiten Unternehmensanteile an Bund, Länder und Kommunen übertragen werden.

Website u. Sprechstunde der Liste Solidarität

Die Artikel dieser Zeitung beziehen sich alle auf Anträge und Initiativen der Fraktion „Die Linke/Liste Solidarität“ in der Rüsselsheimer Stadtverordnetenversammlung. Wenn Sie diese nachlesen wollen oder sich über unsere Diskussionen oder aktuelle Termine informieren wollen, können Sie dies auf der Website www.liste-solidaritaet.de tun.

Unsere Fraktionsgeschäftsführerin Gabriele Rambow erreichen Sie montags von 17 bis 19 Uhr im Fraktionsgeschäftszimmer im Rathaus, Zimmer 314, Eingang Faulbruchstraße.

Rüsselsheim: Reiche Stadt – arme Kinder

Armut und Reichtum sind in einem Industrieland immer relativ. Handfeste Maßstäbe sind die wirtschaftliche Wertschöpfung und die Verteilung. In Sachen Wertschöpfung pro Einwohner liegt der „Standort“ Rüsselsheim weit über dem deutschen Durchschnitt. In Sachen Armut leider auch. Der auf massiven Druck von „Die Linke – Liste Solidarität“ 2007 vorgelegte „Sozialdatenreport“ belegt, dass etwa 30% aller Rüsselsheimer/innen an oder unter der Armutsgrenze leben und dass vor allem Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund besonders betroffen sind. Dabei ist Armut immer weniger auf Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Auch in Rüsselsheim steigt die Zahl der arbeitenden Armen der „working poor“. Insbesondere im Dienstleistungssektor (Gebäudereinigung, private Postzusteller, Caterer, etc.) gibt es prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Niedriglohnjobs. Während die Beschäftigtenzahl bei Opel von 42.000 auf unter 16.000 zurückgegangen ist, bieten die neu entstehenden Arbeitsplätze in der Regel schlechtere Arbeitsbedingungen und niedrigere Löhne.

Die politisch Verantwortlichen in Rüsselsheim und allen voran der Magistrat reagieren darauf mit Schönreden. Sie ignorieren die soziale Situation in der Stadt und glauben durch sogenannte imagebildende Maßnahmen die Rüsselsheimer Probleme lösen zu können, indem „Besserverdienende“ nach Rüsselsheim gelockt werden sollen. Gebetsmühlenartig wird gesagt, dass die – durch Haushaltskonsolidierung arg gerupften – sozialen Einrichtungen der Stadt ausreichen. Anstatt eine Politik für die in Rüsselsheim lebenden Menschen zu entwickeln, wird ein Konzept des „Bevölkerungsumtauschs“ verfolgt. Die kommunale Sozial- und Bildungspolitik wird dabei sträflich vernachlässigt:

- Statt wie im Schulentwicklungsplan beabsichtigt auf die Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems hin zu arbeiten wurde die Gründung einer privaten Realschule durch den mehr als fragwürdigen Wiesbadener Schulunternehmer Obermayer durch den Magistrat gefördert.
- Die von „Die Linke/Liste Solidarität“ eingebrachte alte Forderung des Aktionsbündnisses gegen Sozialabbau, einen „Rüsselsheim Pass“ einzuführen, wird immer wieder vom Tisch gewischt.
- Die Gewerkschaft ver.di und das Rüsselsheimer Aktionsbündnis gegen Sozialabbau sind an die Stadtverordneten mit der Bitte herangetreten, die schlimmsten Engpässe im Sozialbereich abzufedern. Gefordert wurde die Schaffung einer zusätzlichen Stelle im Allgemeinen Sozialen Dienst, um die gestiegenen Fallzahlen zeitnah und angemessen bearbeiten zu können und eine Stelle zur Koordinierung von Maßnahmen zur Armutsprävention. Auch hier blocken SPD und Grüne ab.

- Hartnäckig weigert sich der Magistrat einen Schulmaterialfonds für bedürftige Schüler/innen einzurichten. Der Grüne Sozialdezernent ist hier ganz nahe bei Roland Kochs CDU: Nicht die Gemeinschaft habe für eine gute soziale Infrastruktur zu sorgen, sondern private Wohltätigkeit.

Die von der Wahlinitiative „Die Linke/Liste Solidarität“ vorgeschlagenen sozial- und bildungspolitischen Maßnahmen wären alle finanzierbar, würden Magistrat und Stadtverordnetenmehrheit auf die Aufblähung des Stadtmarketings verzichten. Ansonsten sind wir sicher: Eine gelungene Armutsprävention würde dem Image von Rüsselsheim mehr nützen, als aufwendiges Stadtmarketing.

Bernd Heyl

Schulsozialarbeit an der Bornggrabenschule

Rüsselsheims Schul- und Sozialdezernent Dreiseitel steht geradezu beispielhaft für die bildungspolitische Unfähigkeit der Partei „Die Grünen“.

In der Debatte um die von der Fraktion „Die Linke/Liste Solidarität“ aufgegriffene Forderung nach Schulsozialarbeit an der Bornggrabenschule stellte er die Behauptung auf, dass die Lehrer an der Förderschule die Aufgaben der Sozialarbeit übernehmen könnten, da dort die Klassenfrequenzen erheblich niedriger seien. Was glaubt eigentlich Herr Dreiseitel, warum Schüler/innen eine Förderschule besuchen? Es geht doch darum, dass sie in Kleingruppen ihren besonderen Lernproblemen entsprechend gefördert werden können. Und genau diese Arbeit ist die Aufgabe von Lehrer/innen.

Wenn festgestellt wird, dass die zu fördernden Schüler/innen auch in besonderer Weise durch schwierige Situationen ihres sozialen Umfeldes belastet sind und diese Probleme in die Schule hineinwirken, dann ist Schulsozialarbeit gefragt.

Die Bornggrabenschule hat immer wieder ihren Bedarf an Schulsozialarbeit kompetent begründet. Leider ignoriert Schul- und Sozialdezernent Dreiseitel nach wie vor diese fachliche Kompetenz.

Wir werden aber so lange nicht locker lassen, bis die Bornggrabenschule Schulsozialarbeit bekommt.

Zweisprachige Alphabetisierung: Linke beantragen Projekt

Das Erstellen von Konzepten ist eine Sache, ihre Umsetzung eine andere. So gibt es in Rüsselsheim sowohl ein Integrationskonzept als auch einen Schulentwicklungsplan mit qualitativen Zielen. Der Schulentwicklungsplan von 2004/2005 nennt als eine Zielsetzung qualitativer Schulentwicklung die Förderung bilingualer Grundschulen. Da von Seiten des Magistrates bisher keine Schritte zur Umsetzung dieses Zieles unternommen wurden, stellt die Wahlinitiative „Die Linke/Liste Solidarität“ jetzt den Antrag, in Rüsselsheim ein Projekt zur zweisprachigen Alphabetisierung zu starten.

Das Koala-Projekt (Koordinierte Alphabetisierung) wird bereits in Frankfurt umgesetzt und geht von der Zweisprachigkeit von Schüler/innen aus. Ziel ist es, die

Sprachkompetenz zu erweitern und die Kinder in die Lage zu versetzen selbstständig mit ihrer Zweisprachigkeit umzugehen. Dabei gilt das Grundprinzip, die Schüler/innen dort abzuholen wo sie stehen. Eine wesentliche Voraussetzung ist, interkulturelles Lernen zwischen Lehrer/innen, Schüler/innen und Eltern zu initiieren. Koala verfolgt einen ganzheitlichen pädagogischen Ansatz und baut auf individuell zugeschnittene offene Unterrichtsformen in herkunftsheterogenen Klassen auf. Für die Fraktion „Die Linke/Liste Solidarität“ ist das Koala-Projekt eine Möglichkeit, endlich an die Umsetzung wichtiger Inhalte des Schulentwicklungsplanes zu gehen und Schluss zu machen mit der Entwertung der Muttersprache von Migrant/innen.